

2497/J-BR/2007

Eingelangt am 22.03.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Bundesräte Wiesenegg, Ing. Einwallner
und GenossInnen
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend 4-Tageszustellung durch die Post?

Die neue österreichische Bundesregierung bekennt sich im gemeinsamen Regierungsprogramm zu einem flächendeckenden Angebot von öffentlichen Dienstleistungen. Dazu gehört auch die Sicherung des Universaldienstes für alle Österreicherinnen und Österreicher.

Absolut unverständlich - und für die unterfertigten Bundesräte nicht nachvollziehbar - sind daher die Meldungen in den österreichischen Tageszeitungen (z.B. Tiroler Tageszeitung vom 22.3.2007), wonach die Post nur mehr an 4 Tagen zugestellt werden soll. Die MitarbeiterInnen (ZustellerInnen) der Post sollen nicht wie bisher 8 Stunden, sondern sogar 10 Stunden an diesen 4 Tagen arbeiten. Diese Ankündigungen stehen im Gegensatz zu den Festlegungen des gemeinsamen Regierungsprogrammes und sind nicht zu akzeptieren.

Die unterzeichneten Bundesräte richten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

Anfrage:

1. Wann wurden Sie durch die Post AG über diese Vorgangsweise informiert?
2. Welche Haltung nehmen Sie als ressortzuständiger Minister der neuen österreichischen Bundesregierung zu diesen Vorstellungen der Post-Generaldirektion ein?

3. Sind auch Sie der Auffassung, dass diese Vorgangsweise dem gemeinsamen Regierungsübereinkommen widerspricht?
Wenn nein, warum nicht?
4. Welche Initiativen werden Sie setzen, dass durch die Post AG der flächendeckende Universaldienst weiter gesichert und Zustellbeschränkungen - wie oben beschrieben nicht weiter verfolgt werden?